



SPD-Ratsfraktion, Altes Rathaus Markt 1, 26105 Oldenburg

Herrn
Dr. Sven Uhrhan
Industriestr. 1 a

26121 Oldenburg

**FRAKTION IM RAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT
OLDENBURG**
Altes Rathaus · Markt 1
26105 Oldenburg
Telefon (0441) 235 26 85
Telefax (0441) 235 21 55
E-Mail: spd-fraktion@stadt-oldenburg.de

13.11.2019

**Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema
„Tarifgestaltung des ÖPNV in Oldenburg“ vom 06.10.2019 für die Sitzung des Ver-
kehrsausschusses (TOP 8.1) am 18.11.2019**

Sehr geehrter Herr Dr. Uhrhan,

die SPD-Fraktion stellt zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Thema
„Tarifgestaltung des ÖPNV in Oldenburg“ vom 06.10.2019, der auf Basis des gleichlau-
tenden Antrages der SPD-Fraktion gestellt wurde, für die Sitzung des VerKA (TOP 8.1)
am 18.11.2019 nachstehenden Änderungsantrag

Beschlussvorschlag

Über den Beschlussvorschlag der Fraktion der Bündnis 90 / Die Grünen hinausgehend,
wird die Verwaltung beauftragt, aufzuzeigen, wie andere große Städte in Niedersachsen
mit der Herausforderung des Umstiegs vom motorisierten Individualverkehr auf den
ÖPNV umgehen, um diesen attraktiver zu gestalten. In diese Betrachtung sollten auch
die Erfahrungen aus Bonn und Kopenhagen einfließen, die das 365,-€-Ticket ebenfalls
eingeführt haben

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt,

1. in Zusammenarbeit mit der VWG und der Wirtschaft in einem ersten Schritt die Wei-
terentwicklung des Jobtickets voranzutreiben. In diesem Zusammenhang wird auf die
PM des VBN und ZVBN vom 11.11.2019 verwiesen.

*(Auszug: Zudem wird das JobTicket zur Gewinnung neuer Firmenkunden attraktiver
gestaltet. Ab dem kommenden Jahr können sich beliebig viele Unternehmen zusam-
menschießen und die Mindestabnahmemenge pro Vertrag wird von derzeit 50 JobTi-
ckets auf 20 gesenkt. VBN- Geschäftsführer Rainer Counen: „So haben auch Mitar-
beiter kleinerer Unternehmen die Möglichkeit, in den Genuss eines günstigeren An-*

gebotes zu kommen. Von Vorteil für Unternehmen ist außerdem die geänderte steuerliche Rechtslage, nach der JobTickets nicht mehr als geldwerter Vorteil zu versteuern sind.“)

2. die Einführung eines über die Tarifgrenzen hinaus gültigen Kurzstreckentarifs und
 3. eine Rabattierung für weniger ausgelastete Zeiträume
- zu prüfen.

Begründung

Der von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen eingebrachte Antrag mit dem ausschließlichen Beschlusschwerpunkt auf die Realisierung des 365,-€-Tickets, mit den sich hieraus ergebenden Konsequenzen und Handlungsoptionen, greift aus Sicht der SPD-Fraktion zu kurz.

Die Schaffung der Voraussetzungen für die Einführung und insbesondere auch die Finanzierung des 356,- € Tickets wird nicht kurzfristig möglich sein. In diesem Übergangszeitraum sollen bereits Vergünstigungen und damit Anreize für die ÖPNV-Nutzung eingeführt werden.

Dabei sollen nicht nur die Erfahrungen aus Wien, sondern auch die Erfahrungen anderer Städte, wie z.B. Bonn und Kopenhagen in die Verwaltungsexpertise eingebracht werden.

Der SPD-Fraktion ist jedoch daran gelegen, Maßnahmen zu prüfen, die kurzfristig dazu beitragen können, den Umstieg vom PKW auf den ÖPNV zu beschleunigen. Und dies ist mit den im o.g. Beschlussvorschlag abgebildeten ersten drei Schritten aus Sicht der SPD-Fraktion möglich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ulf Prange
Fraktionsvorsitzender

gez. Renke Meerbothe
Mitglied im VerKA